

Junge Union kritisiert Rundfunkabgabe bei Feuerwehren

Ostallgäu – 26.01.2013 – Die Junge Union Ostallgäu fordert die Bayerische Staatsregierung auf, beim neu in Kraft getretenen Rundfunkbeitrag dringend nachzubessern. „Feuerwehr, Polizei, Bundeswehr und Katastrophenschutz werden seit dem 01.01.2013 belangt“, erklärt die Kreisvorsitzende Melanie Dworacek. Nach der derzeit geltenden Regelung werden beispielsweise Feuerwehrvereine mit einer monatlichen Mindestabgabe von 5,99 Euro erfasst. „Auf den ersten Blick erscheint die Höhe des Beitrages nicht gravierend. Betrachtet man allerdings die Vielzahl von Vereinen und Kommunen, kommt eine nicht unerhebliche Summe zusammen“, so die Nachwuchspolitikerin. Mit der vorliegenden Regelung würde deutlich über das Ziel hinausgeschossen. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten würden einen wesentlichen Beitrag zur politischen Meinungsbildung und Information leisten. Doch dürften zu deren Finanzierung nicht Einrichtungen herangezogen werden, ohne die ein Zusammenleben in den Gemeinden kaum möglich wäre. Die Junge Union Ostallgäu fordert daher die Bayerische Staatsregierung auf, unmittelbar tätig zu werden und diese eklatante Ungerechtigkeit im Rahmen der Gebührenerhebung zu beseitigen. „Jeder Euro, der unseren Feuerwehren entzogen wird, ist einer zu viel“, findet Melanie Dworacek.

Melanie Dworacek / Kreisvorsitzende

26.01.2013